

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Haslitz, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Bismuth u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. 1587. Redaktions- und Druckerei: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechspaltige Zeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Belegteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 281.

Nr. 175.

Magdeburg, Dienstag den 30. Juli 1907.

18. Jahrgang.

Das Ende einer Lüge.

Aus welchen geheimen Gründen Fürst Bülow am Ende des vorigen Jahres den Reichstag aufgelöst und die ganze Bande nach Hause gejagt hat, haben wir aus den Enthüllungen über die Liebenberger Nebenregierung erfahren. Nach welcher Methode aber der Sieg des „nationalen Gedankens“ präpariert wurde und welche schimpfliche Regel angewendet wurde, um den großen Niederritt vom 25. Januar und 5. Februar auszuführen, ist aus dem Fall Schellenberg völlig klar geworden. Da es der Regierung nicht gelungen war, den zahlenmäßigen Fortschritt der Sozialdemokratie wesentlich zu hemmen und den Zustrom einer neuen Viertelmillion zur roten Fahne aufzuhalten, mußten alle Mittel der Erpressung angewendet werden, um die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen vollständig zu isolieren und die Zahl ihrer Vertreter im Reichstag weit unter das Maß dessen herabzudrücken, was ihr nach ehrlich angewandten Grundsätzen des gleichen Wahlrechts hätte zukommen müssen. Der Freisinn hat in seinem größeren Teile diese Taktik bereitwillig mitgemacht, für den kleineren Teil aber, der doch schwankte, ob er sich als Stimmvieh für reaktionäre Regierungskandidaten mißbrauchen lassen sollte, hieß es ganz einfach: Und gehst du nicht willig, so brauch ich Gewalt! Es sind Fälle vorgekommen, in denen abhängige Personen freisinniger Parteirichtung sofort, nachdem sie bloß von der Möglichkeit gesprochen hatten, bei den Stichwahlen in einzelnen Kreisen für die Sozialdemokratie zu stimmen, derart behandelt wurden, daß sie im Interesse ihrer Existenz auf jede weitere Meinungsäußerung verzichteten. Wo es aber ruckbar wurde, daß ein Freisinniger dennoch für den Sozialdemokraten gestimmt hatte, nahm das nationale Korps der Rache sofort dessen Verfolgung auf. Wir haben in Deutschland nicht bloß eine Kamorra, sondern auch eine echt patriotische Kamorra.

So erging's auch dem Postarzt Dr. Schellenberg in Wiesbaden. Man hat diesen alten Vertrauensmann der patriotischen und nationalen Freisinnigen Vereinigung aus dem Amt gejagt, weil er bei der Stichwahl nicht nach Regimentsbefehl, sondern nach Ueberzeugung gestimmt hatte. Nach echt kamorristischer Methode aber hat man erst die Tat selbst zu vertuschen, schließlich, als dies nicht gelang, ihre Spuren zu verwischen versucht.

Die Regierung ließ ihr Organ, die „Nordd. Allgem. Ztg.“ zuerst lügen, Schellenberg sei ein Sozialdemokrat, und es bestehe die Gefahr, daß er bei seinen Krankenbesuchen die Postbediensteten in sozialdemokratischem Sinne zu beeinflussen versuche. Diese doppelte Lüge lebte nur wenige Tage; es stellte sich heraus, daß Schellenberg niemals für die Sozialdemokratie agitiert, am wenigsten seine amtliche Stellung zu solchen Agitationen benutzte, daß er überhaupt kein Sozialdemokrat, sondern ein Freisinniger sei.

Man sollte glauben, daß die ertappten Lügner vor Scham in den Erdboden versunken wären. Das hieß aber die eiserne Stirn unserer Offiziere beträchtlich unterschätzen. Da die alte Lüge nämlich zusammengebrochen war, erfand man sich sofort eine neue. Die Maßregelung Schellenbergs, so hieß es jetzt, sei deshalb verfolgt, weil sich der Delinquent in einer öffentlichen Versammlung seiner sozialdemokratischen Abstammung gerühmt hätte. Auch diese Behauptung — so wenig sie an sich geeignet ist, das Vorgehen der Regierung zu rechtfertigen — war eine freche Lüge und ein schamloser Schwindel. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ besaß aber dennoch die Dreistigkeit, noch am 27. Juli, abends, folgendes zu schreiben: „Für unsere Ermittlungen über die Wahrheit in dem sogenannten Falle Schellenberg sucht uns die „Globe“, Raumanns Wochenchrift, einen starken Rüssel zu erteilen. Es ist hübsch, einen Parteifreund aus einer schiefen Lage zu befreien, auch wenn er sie selbst verschuldet hat. Denn nach den uns gewordenen Mitteilungen, welche durch eine große Reihe von Zeugen erhärtet werden können, hat dieser Wiesbadener Arzt am 29. Mai 1907 in einer von ihm als öffentlich bezeichneten Versammlung von 30 bis 40 Personen in Wiesbaden offen und mit großem Pathos erklärt, daß er gegen den Nationalliberalen und für den Sozialdemokraten in der Stichwahl gestimmt hat und gegebenenfalls wieder stimmen werde.“

Daß ein solcher Tatbestand genügen soll, um einen Mann außer Amt und Brot zu bringen, ist an und für sich schon ein Geständnis, durch das sich die Regierung des deutschen Justizsystems vor allen zivilisierten Staaten der Welt selbst beschimpft. Aber, wie gesagt, selbst diese Behauptung, die von ihren Urhebern als Beschönigung gedacht ist, ist eine freche Lüge und ein schamloser Schwindel. Denn das absonderliche Verbrechen, dessen

die Regierung den Dr. Schellenberg zeilt, hat er begangen am 29. Mai, gemäßregelt worden ist er aber am 27. Mai 1907. Er wurde also verurteilt und gerichtet — zwei Tage vor Begehung der Tat!

Gleichzeitig mit dem verlogenen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erschien im „Berliner Tageblatt“ eine Erklärung Dr. Schellenbergs, die besagt: „Mir ist am 27. Mai meine Stellung gekündigt worden, und ich habe niemals vor diesem Tage anders als in privaten Kreisen über politische Dinge gesprochen. Meine Kündigung erfolgte, und zwar auf direkte Veranlassung des Reichspostamts, lediglich wegen meiner Abstimmung in der Stichwahl, die durch einen Zufall einem hier wohnenden höheren Postbeamten A. D. bekannt geworden und von ihm im Reichspostamt denunziert worden war. Nebenher ging eine maßlose von einem mir unbekanntem Ausschuss injizierte Seife gegen mich, um mich gesellschaftlich und wirtschaftlich zu ruinieren. Man schickte an hiesige Zeitungen und zahlreiche Patienten von mir anonyme Briefe mit teilweise nicht wiederzugebendem Inhalt, allerdings nicht mit dem gewünschten Erfolg. Zu dem Verein alter Korpsstudenten wurde seitens eines Mitglieds die Anregung gegeben, mich zum Austritt zu veranlassen, da man königstreuen Männern nicht zumuten könne, mit mir an einem Tische zu sitzen. Zum Protest gegen derartige in jedem andern Kulturlande unmögliche und unerhörte Unterdrückung der freien Meinung berief ich mit Freunden, die zwar ausnahmslos auf andern politischen Boden stehen, aber ebenso wie ich dieses Vorgehen konservativer Heißsporne verurteilen, am 29. Mai, also zwei Tage nach meiner Kündigung, eine Versammlung des Vereins alter Korpsstudenten ein. In dieser in strengster Angelegenheit tagenden Versammlung lehnte ich zuerst ab, eine Erklärung über meine politische Stellung abzugeben, da die Korps Satzungsgemäß Politik und Religion von jeder offiziellen Erörterung ausschließen. Ich war jedoch schließlich, ebenso wie jetzt in der Öffentlichkeit, genötigt, falschen und unwahren Behauptungen gegenüber den wahren Sachverhalt festzustellen, indem ich meine sozialdemokratische Abstammung in zwei Fällen selbstverständlich zugab, mir auch für die Zukunft eine ähnliche Entschuldigungsverbeugung, es aber entschieden zurückwies, Sozialdemokrat zu sein oder mich meiner Abstammung gerühmt zu haben.“

Wie ist also der Sachverhalt? Am 27. Mai wird Schellenberg gemäßregelt, am 29. Mai beruft der Gehele eine Zusammenkunft alter Korpsstudenten ein, um sich gegen den gesellschaftlichen Boykott, den wirtschaftlichen Ruin, der ihm droht, zu verteidigen. Er weigert sich zuerst, über seine Abstammung zu sprechen, wird schließlich dazu genötigt — und am 27. Juli erklärt das Organ der Regierung unter ausdrücklicher Berufung auf die von ihr geschändete „Wahrheit“, Dr. Schellenberg sei gemäßregelt worden, weil er in einer „von ihm selbst als öffentlich bezeichneten Versammlung“ sich seiner sozialdemokratischen Abstammung gerühmt hätte.

Das Organ der Regierung enthüllt im kläglichen Zusammenbruch seines Lügenfeldzugs mehr, als es durch offenes Bekenntnis zur Wahrheit hätte enthüllen können: sein böses Gewissen! Der Fall Schellenberg ist kein Einzelfall. Er ist nur ein kleines Kapitel aus der Geschichte, wie man in Deutschland Reichskanzler bleibt. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 29. Juli 1907.

Untersuchungshaft und bedingte Begnadigung.

Das bayerische Justizministerium hat zwei Verordnungen erlassen, die sich auf die Handhabung der Untersuchungshaft und auf die Anwendung der bedingten Begnadigung beziehen. Der erste Erlaß geht aus von den schwereren Nachteilen, die die Untersuchungshaft für den Verhafteten und seine Angehörigen zur Folge haben kann, und hebt die Verpflichtung der Staats- und Anwaltschaft hervor, die Untersuchungshaft auf das Maß des Notwendigen zu beschränken. Es werden dann in zehn Paragraphen die Grundzüge näher ausgeführt, nach denen verfahren werden soll.

1. Beim Erlaß eines Haftbefehls sind die zureichenden Gründe gründlich und nach allen Richtungen hin zu prüfen, und zwar gegenüber den Beschuldigten, die vorläufig festgenommen worden sind, ebenso wie bei solchen, die sich auf freiem Fuße befinden.

2. Es ist dabei in Betracht zu ziehen, ob etwa die Anzeige aus Bosheit oder Rachsucht erfolgt ist oder von Personen, die aus verschiedenen Gründen nicht ohne weiteres als zuverlässig gelten können, auch ob das Strafverfahren längere Zeit nach der Strafhandlung eingeleitet wurde.

3. Vor Beantragung der Untersuchungshaft ist zu prüfen, ob die Mittel des Beschuldigten es ihnen eventuell ermöglichen, sich der Strafverfolgung zu entziehen und ob nicht eine zweckmäßig ausgeführte Ueberwachung genügt.

4. Die Erfolglosigkeit der Aufenthaltsermittlung rechtfertigt den Fluchtverdacht nicht ohne weiteres.

5. Sogar in Fällen, wo ein Verbrechen Gegenstand der Untersuchung, also die Fluchtgefahr begründet erscheint, wird die Untersuchungshaft in der Regel unterbleiben können, wenn mildernde Umstände oder kurze Gefängnisstrafe vorgesehen werden können.

6. Besondere Vorsicht wird bei jugendlichen Verbrechern empfohlen, wo es sich meist empfiehlt, die bedingte Verurteilung eintreten zu lassen, eine Maßnahme, deren erzieherischer Zweck durch die Untersuchungshaft beeinträchtigt wird.

7. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls muß unverzüglich gestellt werden, wenn der darin angegebene Grund wegfällt. Insbesondere ist ein vor längerer Zeit erlassener Haftbefehl nicht auszuführen, wenn der zu Bestrafende in der Zwischenzeit in geordnete Verhältnisse gekommen und veränderte Umstände den Antrag auf Aufhebung rechtfertigen. Unter allen Umständen kann hier der Vollzug des Haftbefehls so gestellt werden, daß er einem Vorführungsbevollmächtigten (Unentschuldigtes Ausbleiben vor Gericht) ist der Haftbefehl nur zu erlassen, wenn die Anordnung der Vorführung keinen Erfolg verspricht. Die beiden letzten aufgestellten Grundsätze befaßen sich mit Vorschlägen zur möglichsten Verkürzung der Haft.

Der zweite Erlaß betont, daß man seit ihrer Einführung im Jahre 1896 erfreuliche statistische Ergebnisse zu verzeichnen hat, daß aber gleichwohl die Anwendung der Vollzugsvorschriften noch zu wünschen übrig ließe. Einzelne Vorschriften, deren Anwendung der Ausdehnung der bedingten Begnadigung im Wege standen, werden darum aufgehoben. Es wird empfohlen, wo nur irgend eine Möglichkeit milderer Beurteilung des Straffalles gegeben sei, besonders in Anbetracht der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz des Angeklagten und seiner Familie, die geltenden Vorschriften anzuwenden, und zwar bei solchen Verurteilten, deren strafbare Handlung noch vor dem achtzehnten Lebensjahre begangen sei und die schon eine Freiheitsstrafe verbüßt haben.

Ferner sei zu erinnern, daß die Dauer der Freiheitsstrafe die Gewährung der bedingten Begnadigung nicht grundsätzlich ausschließt. Und wie durch diese Bedingungen die Anwendung der bedingten Begnadigung befördert wird, so sucht der Ministerialerlaß in seinem zweiten Teil durch weitere Vorschriften den Widerruf nach der Bewilligung einer Bewährungsfrist zu erschweren.

„Die Erfahrungen“, so schließt der Erlaß, „die mit der bedingten Begnadigung gemacht wurden, liefern den Beweis, daß die Zwecke der Strafrechtspflege in vielen Fällen durch die Bewilligung einer Bewährungsfrist besser gefördert werden als durch Vollstreckung der Strafe. Es werden besonders tief einschneidende Nachteile auf wirtschaftlichem Gebiet verhütet und die schweren Schäden vermieden, die sich für den Verurteilten an den Aufenthalt im Gefängnis häufig knüpfen.“

Außerdem wird durch die bedingte Begnadigung eine wohlthätige Einschränkung der Vollstreckung kurzer Freiheitsstrafen erzielt.“

Die beiden Erlasse sind ein erfreuliches Zugeständnis an die Forderungen, die längst an die Strafrechtspflege gestellt wurden. Allerdings ist der Fortschritt noch gering. Der Strafvollzug selbst bedarf einer gründlichen Reform, und das Strafverfahren ist noch völlig reaktionär. —

Sausfriedensbruch bei der Reichstagswahl.

Bei der Reichstagswahl in Devese im Wahlkreis Hannover-Linden hielten sich sechs Arbeiter im Wahllokal auf, um die Wahlhandlung zu kontrollieren. Der Wahlvorsteher wies sie aus dem Lokal hinaus und erstattete obendrein Anzeige wegen Sausfriedensbruches. Die Staatsanwaltschaft zu Hannover, der eigentlich die gesetzlichen Bestimmungen des Wahlreglements ebenjogut bekannt sein sollten wie die des Strafgesetzbuchs, erhob auch Anklage wegen gemeinschaftlichen Sausfriedensbruchs und beantragte, gegen die sechs Uebeltäter das Sausverfahren

in eröffnen, weil sie hinreichend verdächtig erschienen: „gemeinschaftlich in einen abgeschlossenen Raum, welcher zum öffentlichen Dienst bestimmt war, nämlich in das Lokal, in welchem die Reichstagswahl in Devese stattfand, widerrechtlich eingedrungen zu sein und aus demselben, als sie ohne Befugnis darin verweilten, sich auf die Aufforderung des Berechtigten, des Gemeindevorstehers Wagnmann, nicht entfernt zu haben.“

Die Strafkammer 26 des Landgerichts lehnte oben den Antrag der Staatsanwaltschaft ab, weil sie einen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch nicht entdecken konnte, und zwar mit folgender bemerkenswerten Begründung:

Der Eintritt der Beschuldigten in das Wahllokal war deshalb kein widerrechtliches Eindringen, weil die Wahlhandlung eine öffentliche ist, zu der also einem jeden der Zutritt freisteht. Unbefugtes Verweilen in dem Lokal liegt schon deshalb nicht vor, weil alle Beschuldigten auf die Aufforderung des Wagnmann aus dem Zimmer hinausgegangen sind. Obgleich er sich aber aus der Öffentlichkeit der Wahlhandlung für die — nicht etwa zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus dem Lokal hinausgewiesenen — Beschuldigten die Befugnis, auch gegen den Willen und die Aufforderung Wagnmanns, in dem Lokal zu verweilen.

Dass in solcher Sache überhaupt noch Gerichtsentscheidungen müssen, ist, nachdem das Reichstagswahlrecht schon fast 40 Jahre besteht, eine Blamage für das Land der „vollendetsten Rechts Garantien“. —

Vernehmung wegen Hochverrats.

Die bekannte Broschüre Herbees, in der er seine Ansichten über den Antimilitarismus auseinandersetzt, ist vor längerer Zeit unter dem Titel „Das Vaterland der Reichen“ in der Schweiz in deutscher Uebersetzung erschienen. Die Broschüre ist mit einem kurzen Geleitwort von dem in Mannheim freigesprochenen Anarchosozialisten Dr. Friedeberg versehen. Vor kurzem ist nun, wie der „Vorwärts“ mitteilt, Dr. Friedeberg auf Ersuchen der Reichsanwaltschaft wegen dieser Broschüre unter der Anschuldigung der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden.

Wir kennen die Vorrede, die Friedeberg geschrieben hat, nicht und können daher auch nicht beurteilen, ob das eingeleitete Verfahren berechtigt ist. Es will uns scheinen, als handle es sich hier um eine Ueberhebung. Eine Broschüre, die französische Zustände behandelt, in der Schw eig erscheint und eingeleitet wird von einem Deutschen, der es bisher noch immer verstanden hat, Konflikten mit der Justiz aus dem Wege zu gehen, wie soll die die Tatbestandsmerkmale des Hochverrats erfüllen? —

Die Zerlegung der russischen Armee.

Nach dem Ausbruch der „roten“ Schwarzmeer-Flotte und den revolutionären „Märschen“ von Sadowo und Kronstadt, nach den unzähligen Kleinen und großen Revolten in den verschiedensten Regimentern ist die Zerlegung der russischen Armee — dieses Stützpunktes der Regierung im Kampfe mit dem Volke — eine unwiderlegbare Tatsache geworden. Gegenwärtig herrscht in der Armee „Ruhe“; revolutionäre Aktionen und offene Erhebungen, die die allgemeine Aufmerksamkeit fesseln könnten, finden nicht statt. Der allgemeine Ton des politischen Lebens hat seinen Stempel auch der Armee aufgedrückt. Doch in den Tiefen derselben, dem Auge des oberflächlichen Beobachters entzogen, vollzieht sich die organische Verarbeitung der Erfahrungen der stürmischen Revolutionsjahre, wird die „zerstörende“ Tätigkeit der Militärorganisationen ununterbrochen fortgesetzt und erstarkt das revolutionäre Bewusstsein des Soldaten. Zuweilen dringen entfernte Anzeichen dieses fortschreitenden Zerlegungsprozesses der Armee in die Presse — kurze Notizen, daß hier zehn, dort zwanzig und so weiter militärischer Deserteure von der Polizei gesucht werden, Notizen, die in ihrer Kürze und Trockenheit deutlich genug sprechen.

Die hier gekennzeichnete Erscheinung in der Armee wird in letzter Zeit von einer Seite bestätigt, von der diese Bestätigung weniger als von jeder andern erwartet werden konnte. Die „Kotowoje Wremja“ konstatiert dieser Tage mit Schrecken, daß die Offiziere „allgemein die Armee verlassen“. „Sogar in denjenigen Militärschichten, in welchen die vakanten Stellen gewöhnlich von den hervorragendsten Abteilern der Kriegsschulen besetzt wurden, gibt es heute Regimenter, in welchen statt 74 etatsmäßiger Offiziere bloß — 12 zu finden sind. Mit andern Worten: vielerorts ist weniger als ein Sechstel des Offizierspersonals in der Armee zurückgeblieben. Das bedeutet aber, daß es jetzt eine Armee bei uns überhaupt nicht mehr gibt, sondern daß nur traurige Überreste derselben zurückgeblieben sind.“ „Was wird nach fünf, höchstens zehn Jahren aus einer Armee, welche von der revolutionären Propaganda ergriffen ist?“ ... „Die Anarchie liegt nach in ihren Anfängen. Wenn nicht unersetzlich heroische Mittel angewendet werden, ist der Untergang des Volkes unermesslich.“ — prophezeit die „Kotowoje Wremja“. „Gibt es auch, den rechten Zeitpunkt zu verjüngen?“ — „wäre diese berühmte Vertreterin des offiziellen Russland.“ „Die Offizierszerlegung der Armee zeigt wiederum, wie sehr wir dem Abgrund nahe stehen damit jener gefährlichen Einrichtung der egalitären Armee.“ Nach Ansicht des reaktionären Blattes liegt der Grund der allgemeinen Zusammenkunft der Offiziere darin, daß diese „im Herzen keine rechten Offiziere sind“. „Die Armee ist unglücklich wie bisher geworden“ u. s. w. Die Lamentationen der „Kotowoje Wremja“ über die „Spießbürgerlichkeit“ der Armee werden natürlich niemand interessieren. Der wahre Sachverhalt ist einfach der, daß eine Armee, die aus Söhnen des Volkes besteht, sich für die Petersburger Herrscherfamilie als untauglich

erweisen hat. Der einzige Ausweg ist dann die von der „Kotowoje Wremja“ propagierte Rückkehr „zur herrlichen Idee der kirchlichen Sanitätscharen“, die einzige Rettung — „ein besonderer Stand von Leuten, die sich dem Kriegsdienst gewidmet haben und diesem leibigen geworden sind“, das einzige Ideal — „die Kampfgemeinschaft der Tapfern und Getreuen“ zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, zur „Rettung der Menschheit vor drohendem Untergang“.

Die Flucht der Offiziere aus den Reihen der Armee ist ein untrügliches Zeichen, daß die letzten zwei Jahre am russischen Offiziersstand nicht spurlos vorübergegangen sind. Die Motive sind natürlich nicht bei allen dieselben. Die einen verlassen die Armee, weil sich das elementare Gefühl des Anstandes in ihnen gegen die Teilnahme an der verbrecherischen und schändlichen Arbeit der Regierung ausbäumt. Die andern wieder lassen Stellung und Würden im Stich, weil der Haß zum Despotismus schon greifbare Formen bei ihnen angenommen hat, und weil bestimmte politische Sympathien für sie maßgebend geworden sind. Der Bürgerinn eines Teils der russischen Offiziere ist erwacht, und die „Zerlegung des Offiziersstandes“ zeigt wiederum nur noch, auf welchen dünnem Eis der Koloss Absolutismus steht. —

Sumpfpflanzen.

Der „Matin“, eines der angesehensten Standablätter von Paris, hat wieder einmal eine Stinbombe zum Plagen gebracht. Vor einem halben Jahre erschienen im „Matin“ unter der Signatur Gustav Lerch mehrere Artikel, die sich gegen den früheren Justizminister Chaumie richteten. Herr Chaumie wurde beschuldigt, die parlamentarische Güntlingswirtschaft, eine der traditionellen Einrichtungen Frankreichs, weit über das übliche Maß zugunsten seiner Söhne, Neffen und sonstigen Verwandten und Bekannten nebst deren Freunden betrieben zu haben. Die Artikelserie enthielt nichts, was nicht schon allgemein bekannt war, höchstens daß Herr Chaumie ziemlich unerblickt die geschäftliche Ausübung seines Amtes vorzogen wurde. Herr Chaumie tat wie alle Leute tun, denen das Feuer auf den Nägeln brennt, er ließ zum Skabi, und zwar verlagte er den „Matin“ nicht in Paris, sondern in Agen, dem Stammsitz der Chaumies. Und nun begann die übliche Prozeßverschleppung, die sich alle Leute, die Geld haben, leisten können. Der „Matin“ wollte den Prozeß in Paris verhandelt wissen, während Herr Chaumie nur zu „seinen“ Richtern in Agen Vertrauen hatte. Die Geschichte wäre schließlich eingeschlafen, wenn die Stinbombe durch einen mißglückten Erpressungsversuch des Herrn Gustav Lerch nicht noch zum Plagen gekommen wäre. Unter den vielen Neffen des Herrn Chaumie befinden sich zwei, die auf den Namen Lascombes hören. Sie bezogen, als Herr Chaumie Minister war, die Geschäfte von Sekretären. Einer der beiden Neffen ihres Onkels, der damals 19 Jahre alt war, Jean Lascombes, mußte aus seiner Stellung, oder vielmehr aus der Stellung seines Onkels, materielle Vorteile herauszuschlagen, beging dabei jedoch die Unvorsichtigkeit, etwas „Schriftliches“ aus der Hand zu geben. Neben einem sehr schmerzhaften Handel mit „akademischen Palmes“ (eine Art wissenschaftlicher Orden) und Ehrenlegionsbändchen verschaffte er auch Leuten, die zwar reich waren, aber nicht gern im Gefängnis saßen, „Strafaußschub“. Von einem Weinmächer ließ sich der junge Neffe für einen zweimaligen Strafaußschub insgesamt 3500 Franc bezahlen und machte dann noch weiter auf dessen Namen Schulden. Unglücklicherweise ging die Ministerchaft Chaumies zu Ende und damit auch der Einfluß seines Neffen, und der Weinmächer mußte, trotzdem er so reichlich geblickt hatte, seine Strafe abgeben. Da las er eines Tages den Prozeß Chaumie, und er wandte sich an Herrn Gustav Lerch, dem er sein Leid klagte. Herr Lerch seinerseits, in dem begreiflichen Gefühl aufbrauender Empörung, ließ Herrn Chaumie wissen, daß er die schmerzhaften Geschäfte des Herrn Lascombes an den Staatsanwalt bringen werde — wenn Herr Chaumie seine Klage nicht zurückziehe. Herr Chaumie jedoch, der offenbar großes Vertrauen zu der Justiz hat, deren Minister er einst gewesen, ließ sich auf nichts ein. Und jetzt beginnt das, was man in der „Gesellschaft“ einen „Skandal“ nennt. Natürlich stehen wir erst am Anfang der stinkenden Geschichte, denn außer dem „geprellten“ Weinmächer wird es noch mehr Angeführte geben. —

Die Wirkung der französischen antimilitaristischen Propaganda.

Ueber einen „Zwischenfall“ beim 53. Regiment in Perpignan stellt die Agence Havas folgendes fest: Die Zurückhaltung der Garnison von Perpignan rief leichte Unzufriedenheit hervor, infolge deren ein Hornist die Soldaten zusammenblies. Furiere einer Kompanie gingen auf den Hof und versuchten, einzelne Kameraden nach Landes, ihrer alten Garnison, zu locken. Der Offizier von Dienst stellte aber sofort ohne Schwierigkeit die Ordnung wieder her. Der Kriegsminister Picquart gab dem General Bertrand den Auftrag, eine Untersuchung über den Zwischenfall beim 53. Linienregiment anzustellen. Ebenso wurde auch eine Untersuchung eingeleitet über die Ursache von Zwischenfällen in Chalons, an denen sich Offiziere des 151. Regiments beteiligt haben sollen. Kriegsminister Picquart glaubt nicht, daß es sich um eine gemeinsame politische Grundlegung handelt, doch soll ein Offizier des 151. Regiments eine unangenehme Haltung eingenommen haben. Wenn die angeführten Ermittlungen dies bestätigen, wird gegen den betreffenden Offizier disziplinarisch vorgegangen werden.

Es scheint immer angenehmer zu werden, in Frankreich Kriegsminister zu spielen. —

Japan in Korea.

In ganz Korea sind, wie das Kaiserliche Bureau aus Seoul meldet, Längs der Eisenbahn Wagen aufgestellt worden. In allen Teilen von Seoul patrolieren Truppen. Unter den koreanischen Soldaten sind Ururhen vorgekommen. Polizeibeamte wurden am Sonnabend wieder angegriffen und sieben japanische Soldaten zer-

stört. Sechs Japaner wurden verletzt und eine Anzahl andre genötigt, in Booten Zuflucht zu suchen. Der Minister des kaiserlichen Haushalts und der Siegelbewahrer, die jenseits von Marquis Ito ernannt und angewiesen worden sind, eine Reform des Hofes in die Wege zu leiten, sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß ihre Ernennungen widerrufen würden, wenn die Reform nicht innerhalb von 3 Monaten beendet sei. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Associated Press“ hat Marquis Ito erklärt, das japanisch-koreanische Abkommen sichere die gemeinsame Wohlfahrt beider Länder. Korea sei jetzt richtig. Später werde eine starke japanische Besatzung nötig sein, um einer Gefahr durch koreanische Truppen vorzubeugen. Japan befinde sich jetzt in einer leitenden Stellung, es müsse aber langsam und beständig vorgehen. Das Abkommen habe zuerst Anklagen veranlaßt, daß Japan Korea allmählich zu annektieren beabsichtige; man beginne aber einzusehen, daß er in erster Linie im Interesse der Koreaner, nächst dem Interesse der Japaner, handle. In einem Kommentar zu der Tatsache, daß die ausländische Presse Japans Vorgehen in Korea gebilligt hat, sagt Marquis Ito's Organ: „Obgleich keine Stimme sich gegen Japans Recht auf ein freies Vorgehen erhoben hat, würde doch fremde Kritik uns nicht abgedrückt haben, zu tun, was unsere Lebensinteressen und unsere Würde gebieterisch forderten. Es ist gut zu wissen, daß wir mit der Billigung und der Sympathie unserer Nachbarn arbeiten.“ Ito's Plan geht dahin, die koreanische Armee aufzulösen und durch eine gleiche Zahl japanischer Truppen zu ersetzen. —

Die französischen Generalratswahlen.

Die Wahlen zu den französischen General- und Kantonalräten, die stattgefunden haben werden, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, haben nur ein sehr schwaches Echo erweckt. Von einer Wahlbewegung kann kaum gesprochen werden. Immerhin erwecken die Generalratswahlen diesmal ein größeres Interesse als es vielleicht jemals der Fall war. Das liegt sowohl an der gesamten politischen Situation wie auch an der größeren Beteiligung unserer Partei. Daß die Wahlen zu den General- und Kantonalräten ein so geringes Interesse erwecken, hat verschiedene Ursachen. Zunächst ist die Funktion der General- und mehr noch der Kantonalräte eine sehr beschränkte und ihre Tätigkeit eine sehr kurze. Sie versammeln sich alljährlich zweimal auf 2 Wochen, nach Schluß der Parlamentstagungen. Ihre Wirksamkeit erstreckt sich hauptsächlich auf die gemeinsamen hygienischen Einrichtungen eines Departements (Krankenhäuser usw.), die gemeinsamen Verkehrswege und -mittel und die finanzielle Kontrolle. Die Tätigkeit der Kantonalräte (große Departements sind in Kantone eingeteilt) ist naturgemäß noch beschränkter. Das hat natürlich wenig Anziehendes, sehr zum Vorteil privater Sonderinteressen. Jedenfalls ist die Bedeutung der Generalräte bisher von unsern Genossen unterschätzt worden. Eine politische Bedeutung im weiteren Sinne haben die Generalräte nur bei den Senatswahlen, wo sie gemeinschaftlich mit den Vertretern der Gemeindeverwaltungen die Senatoren wählen, was allein schon eine lebhaftere Beteiligung unserer Genossen erfordert, und bei der Eröffnung ihrer Beratungen. Es ist Usus geworden, daß zu Beginn ihrer Beratungen Resolutionen zu den vorherrschenden politischen Tagesfragen gefaßt werden, die gewissermaßen als Barometer der öffentlichen Meinung gelten. In Wahrheit ist das nur ein gouvemenentaler Trick. Eine weitere, rein äußere Ursache der schwachen Wahlbewegung ist in der Tatsache zu suchen, daß Paris selbst bei den Generalratswahlen nicht in Betracht kommt, da hier die Gemeinderäte zugleich als Generalräte fungieren. Da Paris das Hirn Frankreichs ist, die Pariser Presse die Provinzpresse beherrscht, so verlagert von vornherein dieses Propagandamittel.

Unter diesen Umständen ist es natürlich nicht möglich, eine Wahrscheinlichkeitsberechnung über den Ausfall der Wahlen aufzustellen. Wir glauben jedoch nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß die Radikalen einige empfindliche Verluste erleiden werden, die unsern Genossen zugute kommen werden. Ein ordnen der Rechten ist nicht anzunehmen. Die Herren Reaktionen sind viel zu ungeschickte Politiker, als daß sie die Fehler der Radikalen für sich auszunutzen wüßten. Interessant wird der Ausfall der Wahlen in den vier Weinbauerndepartements Südf Frankreichs sein, wo durch das Vorgehen der Radikalen die übrigen Parteien gleichfalls zur Aufstellung von Kandidaten gezwungen wurden, während die Weinbauernkomitees den „offiziellen Kandidaten“ — als solche werden die Radikalen bezeichnet — eigene Wingerkandidaten entgegenstellen.

Wir fügen an diese Darlegungen unsres Pariser Korrespondenten die Depeschen über den Wahlaußfall, die uns bis jetzt zugegangen sind:

Letzte Nachrichten.

56. Paris, 29. Juli. Gestern haben in allen Departements Frankreichs, mit Ausnahme des Departements der Seine, die Generalratswahlen stattgefunden. Es handelte sich um die Erziehung für jedes dritte Generalratsmitglied. Insgesamt waren 1450 Sitze zu erneuern. Diese verteilten sich den Parteien nach bisher folgendermaßen: 29 Konserbative, 35 Nationalisten, 220 Progressisten, 302 Linkrepublikaner, 400 Radikale, 185 Radikalsozialisten, 44 Sozialisten, darunter 4 geeinigte Sozialisten. Unter den Angehörigen befinden sich 86 Senatoren und 126 Abgeordnete. 5 Senatoren und 9 Abgeordnete haben nicht mehr kandidiert. Wie der Minister des Innern heute morgen 3 Uhr mitteilte, waren bis zu diesem Zeitpunkt 750 Resultate bekannt. Gewählt waren 78 Reaktionen, 3 Nationalisten, 43 Progressisten, 89 Linkrepublikaner, 181 Radikale und Radikal-Sozialisten, 5 unabhängige Sozialisten und 9 geeinigte Sozialisten. Die Linkrepublikaner gewinnen bisher 9, die Radikal-Sozialisten bisher 20 Sitze, die Nationalisten und Progressisten verlieren 19 Mandate. In Perpignan ist Dr. Ferroul gewählt worden. In den vier von der Wingertrifft heimgesuchten Departements haben sich die meisten Wähler der Abstimmung enthalten. Zahlreiche Wahllokale mußten wegen Nichtbeteiligung der Wähler geschlossen werden. —

55. Paris, 29. Juli. Von den Generalratswahlen waren bis 4 Uhr morgens 620 Resultate bekannt. Es wurden gewählt: 107 Konserbative und Radikale der Union Liberal, 43 gemäßig-

Höchste Auszeichnungen! Zum Höchstes - Auszeichnungen!

Magdeburger Schützenfest

empfehle meine vorzüglichen

Delikatess-Würstchen.

Verkaufsstellen in den Restaurationzellen der Herren **H. Trautsch** und **Robert Günther** sowie in mehreren eignen Verkaufsstellen. Durch meine Maschinen, Eis- und Kühlanlage bin ich in der Lage, nur **frischeste** und **vorzüglichste** Ware zu liefern und bitte ich ein hochgeehrtes Publikum um geneigten Zuspruch.

Probierprobe: **„Zum Würstglöckchen“** Eduard Günther Probierprobe: Prälätenstrasse 17.
Breiteweg 25 **Borstfabrik.** Fernruf 1826.
Nachweislich größte Spezialfabrik und Versandhaus am Plage. 329

Große helle Niederlagsräume

mit großem luftigem Boden, in denen sich bisher ein Tabaklager befand, sind sofort oder später zu vermieten in unserm Grundstück **Lübecker Straße 31.**
Nähere Auskunft in unserm Kontor **Kogäcker Straße 31.**

Konsum-Verein Neustadt

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Magdeburg-Neustadt. 326

Littauers

Rähmaschinen aller Systeme, auch ohne Anzahlung wöchentlich 1 Mk. Abzahlung.
Bei Verzählung hoher Rabatt.
Hocharm. Langschiff 50 Mark. Reparaturen billigst. 4671
Breiteweg 272.

Hackel- und Bandhandwerker-
Schuhe
mit Papstehen in allen Größen und zu billigsten Preisen 230
Schuhwarenhaus
Albert Himmelstern
Schönebecker Straße 33.

Zum Schützenfeste

empfehle meine
Honigkuchen, Schokoladen und Zuckerwaren
in bekannter Güte und bitte um gütigen Zuspruch.
- Reiche am Polizei-Wachtzelt. -
C. W. Dornfeld. 319

Großartig von Geschmack u. Aroma sind die aus garantiert rein überreife Tabak hergestellt
Higarras von **C. Fuhrmann**,
Higarrasfabrik, Schönebecker Str. 18.
Bon 100 Stück an Fabrikpreis!

Rotes Horn Bekanntmachung! Rotes Horn

Beige hiermit dem verehrten Publikum von Magdeburg und Umgebung ergehen an, daß ich auch in diesem Jahre wieder mit **meinen Buben auf dem Rotes Horn** vertreten bin. Wer gut und billig kaufen will, der achte auf meine Firma.
Trotz Steigens der Rohpreise offeriere ich nach wie vor:

Rognakbohnen	1/2 Pfd.	20 Pf.
Gebr. Vanille-Mandeln	1/2 Pfd.	20 und 25 Pf.
Erfrischungs-Bonbons	hochf. i. Schokolade	10 und 15 Pf.
	1/2 Pfd.	10 und 15 Pf.

Judem ich um gütigen Zuspruch bitte, zeichne
Hochachtungsvoll
Hermann Klingenberg
Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik. 316

Billige Schuhwaren
Kleinfeld
Buntar, Schönebecker Str. 98.
Junge und alte
Kannorienweibchen
kauft zu höchsten Preisen
A. Seyfert, Ledischstr. 25.
Sehr. Herren u. Damenrad
bist 23. Reize, Leipziger Str. 10a.
Burg, G. Krahnstraße 1.
Brünge weize
Befehlantstalt in empfehl. Erinnerung.
1995 **W. Lippoh.**

Achtung!

Zur Slemperner

Schönes Grundstück u. Garten, Werkstätte, Laden. Dort von 2000 Einwohnern, Rittergut u. Domäne, 1/2 Stunde davon große Zuckerfabrik, kostentlos. Jährl. 5000 Mk. wegen Todesfall des Mannes mit 1200-1500 Mk. zu verkaufen. Extra-Verrechnung 75 Mk. höherer Ertrag für Kaufhaber. Käufers unter Offerte M. M. 50 Exped. d. „Rollenblatt“, Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

Wo gibt es die billigsten Schuhe ??
für Herren, Damen u. bei **G. Conrad.**
Böhlen-Platte und Neuzuhauer
Bitter-Jäger n. 57 Kol.-Bl. zu vert.
L. Bärgwald, Helmstedter Str. 10, III.

Kaisers Kindermehl Kraft & Knochen
Sterilisiert!
Vorzüglichster Ertrag für Kräftigung. Keineswegs erprobt. Beständig und bezeugt. Brechbar, Diarrhoe, Darmstarrheit.
1/2 K. - Dose 55 Pf., 1/2 K. - Dose 1.00 Mk., zu haben in den Apotheken, Drogerien und Colonialwarenhandlungen.
Wanderer - Straßenreinemacher
50 Mk. Badi-Anz. 10 Mk. 5 gut
a. v. Königsweid, Jägerstr. 12.
Stiefel-Auswahl
Schuhmacher sind hier zu haben sowie in Sommer- und Winter.
334
10. Mühe, Mühlstraße 30.

Erauen- und Mädchen-Bildungsverein

Magdeburg und Umgegend.

Mittwoch den 31. Juli 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lichteberg, Knochenhauerstr. 27-28
Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Müller über: Eine Reise in die Schweiz.
2. Kassenbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder zu zahlreichem Erscheinen aufgefordert.
Der Vorstand.

Drei große öffentliche Volks-Versammlungen

Referent: 300
Der frühere Reichstagsabg. **Adolf Hoffmann**, Berlin.
Thema: Kirche, Schule und Staat.
Dienstag den 30. Juli: **Neue Neustadt, „Weißer Hirsch“.**
Mittwoch den 31. Juli: **Indenburg, „Berber Bierhalle“.**
Donnerstag den 1. August: **Buckau, Köhlers Konzert- u. Ballhaus.**
Beginn aller Versammlungen 8 1/4 Uhr abends.
Der Einberufer.

Schlachtfest.

Jeden Mittwoch
Verkauf von frischem Schweinefleisch, Schmalz, Karbonade, Knoblauchwürstchen sowie allen andern Sorten Würstchen.
G. Krüger
56 Morgenstraße 18.
Küchenschrank 5 Mk. Regierungfl. 26, p. 3 R. 1.

Viktoria-Theater.

Dienstag den 30. Juli 1907
Der blinde Passagier.
Todesanzeige.
Somabend abend 5 1/2 Uhr starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel
Karl Kaufmann.
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 5 Uhr, vom Trauerhause, Humboldtstraße 13, aus statt.

Endenburg, 27. Juli.
Aufgebote: Kesselschmied Karl Heinrich Richard Friede mit Auguste Duden.
Eheschließungen: Arbeiter Emil Hunge mit Marie Wilsch, Eisenbrecher Walter Göhr mit Anna Wilsch, Tischler Oskar Reinsdorf mit Pauline Schlawitz geb. Geride, Arbeiter Joseph Neumann mit Witwe Dorothée Hüschel geb. Monere, Arbeiter Richard Wiethe mit Olga Lager.
Geburten: Gertrud, T. des Lokomotivheizers Gustav Schrader, Elisabeth, T. des Bahnwärters August Tommt.
Todesfälle: Elia, T. des Kontoristen Otto Wind, 1 J. 1 M. 11 T. Witwe Anna Eisenhardt geb. Jahn, 28 J. 11 M. 9 T.
Buckau, 27. Juli.
Aufgebote: Kaufmann Hugo Weischnider in Berlin mit Frieda Müller hier. Kaufm. Paul Lange mit Theresie Langemann.
Eheschließungen: Bizeiselweber Albert Müller mit Martha Wiggall, Schlosser Hugo Knoche mit Elia Knoche.
Geburten: Siegfried, S. des künftigen Feuerwehrmanns Karl Bagener, Irma, T. des Formers Joseph Schero.
Neustadt, 27. Juli.
Aufgebote: Friseur Fritz Hermann Johannes Schettina mit Barbara Hellige.
Eheschließungen: Porzellanbrenner Wilhelm Hebeder mit Anna Jevitz, Gasanstaltsarbeiter August Hoffmann mit Pauline Scholz geb. Herzberg.
Geburten: Erich, S. des Eisenbahnwärters Erich Belling, Erna, T. des Malers Alfred Stepphan, Gertrud, T. des Arbeiters Max Wustrow, Willi, S. des Maschinen-schlossers Hermann Waad.
Todesfälle: William, S. des Feuerwehrmanns Hermann Schütze, 5 M. 4 T. Mathilde geb. Koch, Ehefrau des Arbeiters Gustav Freusel, 37 J. 10 M. Hermann, S. des Maurers Adolf Jordan, 1 J. 4 M. Verta, T. des Arbeiters Karl Meyer, 14 T.
Grazau.
Geburt: Klara Helene Käthe, T. des Fleischermeisters Otto Rosen-berg.
Todesfälle: Anstaltspfleger Marie Elisabeth Vorkfeld, 68 J. 7 M. 20 T. Anstaltspfleger Franz Ferdinand Mohr, 37 J. 8 M. 15 T.
Westerhüsen.
Eheschließung: Arb. Oskar Emil Hahn mit Emma Minna Brodhahn.
Geburten: Fritz Alfred, S. des Lagerhalters Emil Driel, Elsbeth Henny, T. des Schlossers Otto Hochmann, Albert Gustav Wilhelm, S. des Arb. Gustav Fuhrmann.
Todesfälle: Walter Carl Emil, S. des Schlossers Emil Heine, 1 M. 6 T.
Niederleben.
Todesfälle: Zimmermann Christian Berger, 65 J. 6 M. 17 T. Rangiermeister Christoph Schifer, 64 J. 11 M. 28 T. Vereiter Friedr. Brandt, 81 J. 6 M. 1 T.
Burg, 25. Juli.
Aufgebote: Schuhfabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Müller mit Luise Anna Martha Hirschner.
Eheschließung: Sergeant Gustav Adolf Kühner mit Ida Thiede.
Geburten: S. des Telegraphenarbeiters Otto Brett, S. des Schuhmachers Geselans Syge-panski, S. des Aufsehers Wilhelm Wiese, T. unehelich.
Todesfälle: Margarete, T. des Landwirts Otto Dittmar, 9 T. Schneiderin Auguste Rürnberg, 72 J. Otto, S. des Tischlers Paul Stavenhagen, 18 T.
Tatgeburt: S. des Barbiers Anton Habel.

Endenburg, 27. Juli.
Aufgebote: Bäcker Albert Meuper in Braunschweig mit Marie Grethe hier. Ruchholzarbeiter Karl Friedrich Theodor Weisleder mit Minna Theresie Hirschfeld in Steige, Ober-Postassistent Walter May in Berlin mit Henriette Krug hier. Lokomotiv-Hilfsheizer Gustav Lütich mit Martha Faberer. Arb. Oskar Friedrich Hermann Fleg mit Auguste Mathilde Böhm in Steglitz.
Eheschließungen: Kaufmann Paul Wilde mit Emma Kunz, Zimmermann August Gaeufwig mit Ella Gaeufwaller. Schuhmacher Friedr. Richard Winter mit Luise Spangenberg.
Geburten: T. unehelich, S. des Maurers Wilhelm Müller, T. des Schirmfabrikanten Ernst Peukert, T. des Kaufmanns Gustav Jacobs, S. des Handschuhmachers Karl Meyer, S. des Landwirts Otto Köhler.
Todesfälle: Witwe Marie Deffernig geb. Wiewer, 69 J. Alma Simon, 21 J. Renate, T. des Landwirts Robert Müller aus Frose i. A., 6 J. Willi, S. des Arbeiters Karl Grafenick, 7 J.

Neuhaldensleben.

Geburten: T. des Buchhalters Franz Kempe, T. des Handschuhmachers Otto Klein, T. des Diensthilfs Ferdinand Oskar Wollau, T. des Bauharrs Friedrich Christian Würfel, S. des Arbeiters Hermann Hebeder.

Queblinburg.

Aufgebote: Kaufmann Karl Schreiber in Magdeburg mit Luise Wegne hier.
Eheschließungen: Schuhmacher Karl Friedrich Wehnstedt mit Agnes Meta Kuchendorf, Klempner Karl Otto Theodor Barleben mit Wilhelmine Luise Johanne Stedel, Arbeiter Otto Friedrich Kersten mit Frieda Verta Schmidt, Buchhalter Maria Auguste Lehndorn, Gärtner Wilhelm Staudeneyer mit Verta Marie Friederike Krps.
Geburten: S. des Wächters Wilhelm Dammhöfer, S. des Arbeiters Otto Krummmer, S. des Schlossers August Krummer, S. des Maurers Robert Nienstedt, T. des Gärtners Emil Große, S. des Radlers Hermann Engel, T. des Geschäftsführers Theodor Schlegel, S. des Wagenbauers Joseph Kowal, S. des Gärtners Emil Hesse, T. des Wirtschaffners Andreas Höffing, T. des Lehrers Paul Drexling, T. des Schlossers Hermann Althberg, S. des Malers Gustav Klein, S. des Müllers Friedrich Pule, S. des Kunstglasers Wilhelm Wiche, T. unehelich, T. unehelich.
Todesfälle: Elise, T. des verstorbenen Schneiders Friedrich Marchwort, 8 J. Johannes, S. des Dachdeckers Wilhelm Rauch, 1 M. Heinrich, S. des Gärtners Karl Böhm, 2 M. Arbeiter Heinrich Gammig, 15 J. Arbeiter Karl Bendler, 51 J. Hofenbändler Oskar Schreiber, 51 J. Witwe Elisabeth Schilling geb. Müller, 77 J. Otto, S. des Arbeiters Friedrich Wollmann, 1 M. Witwe Christiane Meyer geb. Haude, 74 J. Witwe Adelheid Bürger geb. Müller, 76 J. Franziska Weloeh, 15 J. Emma geb. Severin, Ehefrau des Bergbauers-Gemeinners Gottfried Engel in Thale, 25 J.

Stadesamt.

Magdeburg-Mühlstadt, 27. Juli.
Aufgebote: Eisenbahnarbeiter Wilhelm Karl Pfeil mit Marie Günther in Gr.-Ammenleben, Expedient Herm. Wollhoff mit Martha Lünardt, Handelsmann Julius Angen-jah mit Emma Schäge, Sergeant Karl Kuntel mit Alma Lachhoff, Arb. Otto Schütze mit Luise Schützer geb. Bernhardt.
Eheschließungen: Schneider Herm. Simon mit Anna Stelbagen, Kaufm. Disponent Otto Reusch mit Helene Lehmann, Schlosser Franz Sachau mit Ehe Zusage, Köhler-besitzer Oswald Langner mit Emilie Kahje geb. Wühlans, Weber Edm. Schönd mit Verin Gottschall.
Geburten: Gertrud, T. des Bekkers Friedrich Höpkel, Hans, S. des Bekkers Karl Dietrich, Kurt, S. des Schuhmachermeisters Otto Schellenberg, Balfi, T. des Malers Karl Daxelshaus, Gertrud, T. des Sergeanten Otto Neues, Manjred, S. des Bureauarbeiters Wilhelm Wiesel, Gustav, S. des Arb. Gustav Rone, Erna, T. des Geschäftsm. W. W. W. Charlotte, T. des Tischlers Frdr. Sieber, Max, S. des Malers Max Gebler, Oskar, S. des Handelsmanns Louis Thies.
Todesfälle: Ehe. Henriette Bahing geb. Schanz, 81 J. 6 M. Otto, 29 J. Friede, T. des Schneiders Wilhelm Welling, 3 M. 19 J. Hans, unehelich, 1 J.

Stettin.

Aufgebote: Maurer Hermann Dietrich mit Anna Wiffing.
Eheschließung: Arb. Willi Wibelung mit Anna Hünzler.
Geburten: T. des Stenogr. Franz Deime, T. des Kupferh. August Schürer, T. des Arbeiters Ludwig Klotz, S. des Maurers Wilhelm Berger.
Todesfälle: Schneiderin Gertrude, 21 J. Gertrud Wiffing, 25 J.

Die Herren der Elbe.

Die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand, will dem Bauer sein Stückchen Land, dem Handwerker sein Handwerkszeug, dem Schiffer den letzten Kahn rauben. Seitdem der von dem Gelde der Großindustriellen, Handels- und Börsenherren ausgehaltene Reichsverband sich seines unfaulernen Lebens erfreut, wird dieser Wölbstimm-Slatechismus mit verstärkter Zungen- und Lungenkraft abgeleiert. Es ist kein Zufall, daß die betriebfamsten Verbreiter dieses seit einem halben Jahrhundert strapazierten Unsinns im Solde jener Clique stehen, deren Existenz und Reichthum die Verraubung und Enteignung des werktätigen Volkes und der Kleinrentenbesitzer zur Grundlage hat. Bei der letzten Reichstagswahl haben die bürgerlichen Parteien unter Führung des Reichsverbandes nach diesem Rezept besonders in jenen Gegenden, in denen die Flußschiffahrt bedeutend ist, die kleinen Schiffer vor der Sozialdemokratie in Angst und Schrecken zu versetzen gesucht. Unter Verhüllung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie für die Verstaatlichung und Kommunalisierung aller Verkehrsmittel eintritt, malten sie Schreckensbilder von dem Zustande aus, der eintreten müßte, wenn der Staat, dank der Tätigkeit der Sozialdemokratie, das Schlepptimonopol in der Flußschiffahrt an sich reißen würde. Leider haben die Regierungen diese Bestrebungen der Sozialdemokratie nur zu wenig unterzückt, denn inzwischen hat das Großkapital die Monopolisierung zugunsten weniger Gesellschaften und auf Kosten der kleinen Schiffer und des gesamten Handels mit Eifer und Erfolg betrieben.

Besonders stark tritt die Monopolwirtschaft des Großkapitals in der Elbschiffahrt hervor. Von Hamburg bis Auffig wird die Elbe durch die „Vereinigten Elbeschiffahrtsgesellschaften, Aktiengesellschaft“ beherrscht. Diese Gesellschaft wurde unter einer andern Firma im Jahre 1883 gegründet, sie betreibt das Schlepptimonopol und Frachtgeschäft und unterhält in Magdeburg eine von dieser Stadt erpachtete Schiffsverwerft zur Ausbesserung eigener und fremder Fahrzeuge, sowie zur Erbauung eigener Fahrzeuge. Im Jahre 1893 übernahm sie die „Elbe-Saale-Dampfschiffahrtsgesellschaft“, im Jahre 1895 das Schiffahrtsunternehmen von Karl Wöhmer in Dresden, im Jahre 1898 die Schiffahrtsgesellschaft von Gebr. Tonne in Magdeburg, im Jahre 1903 vereinigte sie sich mit der Konkurrenzgesellschaft „Kette“ und wurde Besitzerin der Werft Uebigau, die an die Dresdener Maschinenfabrik und Schiffswerft-Aktiengesellschaft formell verpachtet ist, die gleichfalls zu dem Konzern gehört. Dann beschaffte sie sich die Herrschaft in der „Oesterreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft“. Mit diesen Fusionen hatte die Gesellschaft den ausschlaggebenden Einfluß in der Elbeschiffahrt und besaß nur noch einen ernstlichen Konkurrenten in der „Privatschiffer-Transport-Genossenschaft“, der die vielen kleinen Privatschiffer angehören. Nun ist nach langwierigen Unterhandlungen eine Vereinigung auch zwischen diesen beiden Unternehmungen in Form eines Betriebsvertrags auf die Dauer von 10 Jahren geschlossen worden. In Handels- und Schiffahrtkreisen ist man der gewiß nicht unbedeutenden Meinung, daß diese Vereinbarung nur ein vorübergehendes Stadium ist, dem in nicht zu langer Zeit eine völlige Fusion folgen wird. — Diese Vorgänge sind nicht nur von allgemeiner wirtschaftlicher Bedeutung, sie erlangen dadurch ein besonderes Interesse, daß die Einigung unter dem direkten Einfluß der Arbeiterbewegung zustande gekommen ist.

Im Herbst vorigen Jahres waren die Elbeschiffer in den Ausstand getreten, nachdem ihre sehr bescheidenen Forderungen abgelehnt worden waren. Die „Vereinigten Elbeschiffahrtsgesellschaften“ bewilligten die Forderungen, während die Privatschiffer-Genossenschaft und die ihr nahestehenden Unternehmungen den Kampf bis zu einer glatten Niederlage der Arbeiter durchzuführen wollten. Die Bewilligung der Arbeiterforderungen durch die Konkurrenzgesellschaften wurde von ihr als ein Verrat betrachtet, da sie der Ueberzeugung war, daß die Absicht vorherrschte, durch die Verständigung mit den Ausständigen sie selbst niederzukonkurrieren. Später mußte man wohl oder übel die Lohnforderungen bewilligen, gelobte aber, die von der Gegnerin angestrebte Vereinigung mit aller Macht zu bekämpfen.

Nachdem nun der erste Zorn verwaucht ist, hat man sich doch in Liebe gefunden. Die Ursache für dieses Bündnis ist nach dem „Magdeber auf dem Kapitalmarkt“, einem Börsenblatt, das nicht selten gut orientiert ist, in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der neue Trust als Kampforganiation gegen die Arbeitererschaft gedacht ist. Im Haß gegen die Arbeitererschaft hatten sich die widersprechenden wirtschaftlichen Interessen geeinigt. Den Mitgliedern der Privatschiffergenossenschaft hatte man die Aufgabe ihrer Selbständigkeit, die nur eine Frage der Zeit sein kann, dadurch zu verjüngen gesucht, daß man ihnen erzählte, es werde eine große Lohnbewegung der Schifferarbeiter im nächsten Jahre auf dem Rheine, der Elbe und Oder zum Ausbruch kommen. „Was war natürlicher, als daß sich die Unternehmer zur Abwehr zusammenschlossen?“, schreibt das erwähnte Börsenblatt und bekundet damit die in Kreisen der Industrie und des Handels allgemein vorherrschende Auffassung, daß die Trustbildung nicht nur zur Herbeiführung größerer Rentabilität der bisher einzelnen Betriebe erfolgt, sondern auch den Zweck erfüllen soll, die Abhängigkeit der Arbeitererschaft vom Großkapital zu vergrößern.

Auch an dieser Vereinigung von Unternehmern, die lange im heißen Streit lagen, muß die Arbeitererschaft die Gefahr, die ihr aus der Zersplitterung im eignen Lager droht, erkennen. Nur Aufbietung aller Kräfte wird vermögen, der geschlossenen Kapitalmacht siegreich zu begegnen. —

gleicher Verantwortung und Berechtigung zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile einem gemeinsamen Geschäftsbetrieb zu übertragen. Man unterscheidet Genossenschaften, die den Einkauf oder Verkauf regeln oder die Aufgabe haben, umzuwandeln. Sobald bestimmte Personenteile gemeinschaftlich einkaufen, verzichten sie auf die bisherige Tätigkeit des Händlers. Eine derartige Genossenschaft bezeichnet man als „Bezugs-genossenschaft“. Dagegen werden diejenigen „Bewertungs-genossenschaften“ benannt, die den Verkauf zu regeln haben. Wenn sich aber Arbeiter (z. B. Bäckergehilfen) zu einem gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebe vereinigen, so bezeichnet man diese Vereinigungen als „Arbeitsgenossenschaften“. Bei derartigen Genossenschaften werden die Unternehmer ausgeschlossen. Die „Wirtschafts-genossenschaften“ sind alle Bezugs-genossenschaften, die den gemeinschaftlichen Einkauf organisiert haben. Wenn man sage, daß unsere Genossenschaften den Mittelstand ruinieren, so sei dem entgegengehalten, daß förmliche Genossenschaften den Händler oder Unternehmer ausschalten, ganz gleich, ob es sich um Arbeitsgenossenschaften oder landwirtschaftliche Genossenschaften handle. Dasselbe sei auch der Fall, wenn mittelständlerische Detailisten gemeinsam einkaufen, im selben Augenblick werde die Tätigkeit des Großhändlers ausgeschlossen. Durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften seien bedeutend mehr selbständige Existenzen ausgeschaltet, als durch die von den Arbeitern gegründeten Genossenschaften. Die Mittelstands-existenzen hätten in Wirklichkeit auch keinen Schaden, sondern nur Vorteil von den Genossenschaften. Von den Wirtschaftsgenossenschaften wird die individualistische Funktion des Einkaufs auf den Geschäftsführer übertragen, der die Marktlage zu beobachten und besonders darauf zu achten habe, wo er am billigsten einkaufe. In ihrem Wesen seien alle Genossenschaften eins. Jede Genossenschaft, sei es welche es wolle, sei sozialistisch, denn sie hätten das Prinzip, gewisse individualistische Funktionen von Personen oder Personenvereinigungen auf einen gemeinschaftlichen Betrieb zu übertragen. Die Genossenschaft bringe zunächst wirtschaftliche Vorteile, sie bilde eine Grundlage und ein Mittel, um die Existenz des Arbeiters zu heben. Je enger und je mehr die Arbeiter und Genossenschaftler zusammenhaften, je höher seien die Vorteile für den einzelnen. Auf diesem Gebiete sei für alle Personen ein Zusammenarbeiten möglich, ganz gleich welcher Parteirichtung sie angehören. —

Soziales.

Art und Wesen der Genossenschaften.

Genosse Heinrich Kaufmann-Hamburg, der Sekretär der Großenelbschiffahrtsgenossenschaft, sprach in einer Versammlung in Bremen über dies Thema. Der Redner bemerkte einleitend, daß es ihm in seinem Vortrage hauptsächlich darauf ankommen werde, die Erkenntnis über das Wesen der Genossenschaften zu vertiefen. Von den Gegnern werde oft gesagt, die Genossenschaften seien sozialdemokratisch, und zwar sagten sie es nur dann, wenn die Genossenschaften ihnen Konkurrenz machen; ganz gleich, ob es sich um ein Konjunktionsgenossenschaft, eine landwirtschaftliche Genossenschaft oder eine andere handle. Man finde überhaupt selbst unter den Angehörigen derselben Partei die verschiedenartigsten Urteile über die Genossenschaften. Wollte man eine Sache vollständig kennen, so dürfe man sie nicht von einem Standpunkt aus betrachten, sondern man müsse sie in ihrer Gesamtheit und Eigenart betrachten.

Redner erläuterte im einzelnen die verschiedenen Arten der Produktionsgenossenschaften. Dieser letztere Ausdruck bezeichne viele Arten dieser Vereinigungen, die sich darin unterscheiden, ob sie von Unternehmern, Arbeitern oder Konjunktionsgenossenschaften infizieren wesentlich ab, indem sie eine Personen-genossenschaft darstellen. In dieser Vereinigung ist es gleich, ob das Mitglied männlich oder weiblich ist; eine Genossenschaft ist die vollendete Demokratie. Nach der Definition des Genossen ist die Genossenschaft ein Geschäftsbetrieb. Die Genossenschaftsbewegung ist das Bestreben, durch freie Vereinbarungen wirtschaftliche Funktionen von Personen oder Personenvereinigungen unter deren

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Warnung vor dem Seemannsberuf! Seelente! Arbeiter! Eltern von Arbeiterkindern! Nach dem Streik der seemannischen Arbeiter im Nord- und Ostseegebiet, der durch den Verrat der englischen, holländischen und deutscher Streikbrecher nur mit einem Teilerfolg der Streikenden in den Ostseehäfen endete, für die Streikenden im Nordseegebiet aber mit der einseitigen bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit seinen Abschluß fand, entlarbten sich die Niederstreiker in Hamburg und Bremen haben in ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit gegen die Seelente, zumal gegen die bisherigen Streikenden. Die Hamburger Nieder- und der Norddeutsche Lloyd in Bremerhaven verhielten sich den Seelenten geradezu flämmernde Lohn- und Arbeitsbedingungen gewaltsam aufzuzwingen. Sie halten das internationale Streikbrechergeheimnis einseitig noch in den deutschen Hafenstädten zurück, um es gegen die organisierten deutschen Seelente auszuspielen zu können. Gingt kommt, daß der Norddeutsche Lloyd eine einseitige Kulis heranzieht, um mittels dieser nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Seelente zu verkleinern, sondern sie vor allen Dingen gegen die Organisation zu mißbrauchen. Unter diesen Umständen fühlen sich die Oberschiffmacher der Nieder- und Bremerhaven obenauß kein Mittel ist ihnen zu schlecht, um die Seelente zur Anerkennung nichtswürdiger Arbeitsverträge zu zwingen. Der Hauptwert ihres förmlichen Nachfeldzugs ist natürlich die Schwächung, wenn möglich die Zertrümmerung der ihnen so sehr verhassten Organisation. Sie geben sich heute der Hoffnung hin, durch schamlose Maßregelungen alter Befahrener Seelente, durch Einführung unwürdiger Arbeitsverträge und frivole Schikantierung der organisierten Seelente, die Organisation, den Seemannsverband, schwächen zu können. Wir sind sicher, daß ihnen das nicht gelingen wird, daß sie vielmehr das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie zu erreichen hoffen, aber trotz alledem sind wir gezwungen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu er-

Feuilleton.

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreher.

(89. Fortsetzung.)

„Sommer mehr wuchs sich Olga als ein Ding heraus, das viel von den Eigenschaften ihres Großvaters zeigte. Bis auf den Zähorn und die Kraft. Na, die letztere würde noch kommen, und der erstere konnte ruhig wegbleiben, — das war sein Gedanke, der ihm Befriedigung gab. Er sah mit ihr oben in der Kirche, sie hatte sich eng an ihn geschmiegt, staunend über den gewaltigen Raum. In dieser Ecke, unter wenigen Menschen, blieben sie fast unbeachtet. Sie aber ließ nicht die Augen von ihm, denn sein andauernder Ernst war ihr neu, und hin und wieder glaubte sie seltsame Blicke in seinem Gesicht zu beobachten.“

„Großväterchen, Du hast ja geweint,“ sagte sie leise zu ihm, als der Orgel Draußen wieder anhub.

Die Auslegung der Epistel vom verlorenen Sohn hatte ihn mächtig bewegt und ein Stimmungsband zwischen seiner Jugend und seinem gegenwärtigen Dasein geschaffen.

„Gott hat mir nur die Augen feucht gemacht,“ gab er lächelnd zurück.

„Kann das der liebe Gott? Wie macht er das? Ich habe ihn noch gar nicht gesehen.“

„Der liebe Gott kann alles. Du mußt Dich nur befehligen, ihn überall zu sehen, wo Du gehst und stehst. Denn immer wird er bei Dir sein, deshalb darfst Du niemals etwas Unrechtes tun.“

„Ach, und ich glaubte, der liebe Gott wäre nur in der Kirche.“

„Kleine Märren, Du. Hier ist er nur, wenn er am lautesten sprechen will.“

„Hat er Dir schon was gesagt, Großväterchen?“

„Biel, viel, mein liebes Kindchen,“ gab er bewegt zu-

rück. Als sie wissen wollte, was, war es mit seinem Latein zu Ende. Als er sie draußen wieder an der Hand hatte, stellte sie abermals neugierige Fragen:

„Sag' mal, Großväterchen, weshalb habe ich denn kein Großmütterchen mehr?“

„Weil sie gestorben ist.“

Sie lachte. „Das sagt Papa auch immer. Ich weiß auch, wo sie begraben liegt. Unter einer großen Eiche. Papachen hat es erzählt. Ich lag einmal abends in meinem Bettchen und fragte nach Großmütterchen, und da hat er es mir erzählt. Ich will aber die Eiche auch mal sehen. Wenn Papa wieder hier ist, fahren wir einmal hin, nicht wahr?“

Dulkers sagte nichts, sondern ließ sie ruhig plaudern. Aber er spürte, wie seine Hand befe, mit der er sie hielt. Der Wunsch regte sich aufs neue in ihm, Paffen möchte nie mehr zurückkehren, um unbedachtliche Worte an sein Töchterchen zu richten. Er fühlte seinen Atem erst freier strömen, als er Olga vorläufig ausgesprochen hatte und zu der Gewißheit kam, daß ihr Gedächtnis nur von leeren Worten erfüllt war.

Eines Tages aber kehrte sein Schwiegerjohn frisch und gesund zurück. Er hatte sich einen kräftigen Vorkauf stehen lassen, der seinem starkgebräunten Gesicht einen fremden Zug gab, so daß Olga ihn zuerst nicht wiedererkannte. Als Dulkers davon hörte, dachte er, es wäre schöner gewesen, wenn wirklich ein gänzlich Unbekannter sich eingestellt hätte. Mit seinen kleinen Familienfreunden war es vorbei. Er stimmte zwar in den Jubel Ottis mit ein, die heilig und fest gelobte, ihren Koff nicht wieder allein reisen zu lassen, aber sein Gefühl blieb kalt. Dann aber, als auch die Verzärtelungen des Kindes sein Ohr trafen, ging er doch besänftigt von dannen. Wie verrottet mußte doch seine Seele sein, wenn er dem Kinde den Vater, dem Weibe den Mann nicht mehr gewürdigt hatte, nur damit seine feige Selbstsucht darunter nicht zu leiden hätte.

Um diese Zeit erhielt er von einem Käufer ein gutes Angebot für sein Geschäft, und so schloß er den Handel ab.

Er kam sich in Paffen Familienglück plötzlich überflüssig vor, er schaute auch keinen Blick und wollte den alten Dorkwürfen entgehen. Und so traf er im nächsten Frühjahr die Vorbereitungen zur Ueberführung nach Eichenest. Die Tiergartenvilla stellte er seinem Schwiegerjohn zur Verfügung. Nur zwei Zimmer behielt er sich zur Benutzung vor, falls er einmal noch nach Berlin kommen sollte, was jedenfalls selten eintreten würde. Auch sonstige gewisse Bedingungen hatte er zu stellen. Otti sollte mit dem Kinde jeden Sommer einige Wochen bei ihm verleben, und wenn sie nicht wollte, oder andre Reisepläne habe, so sollte man ihm wenigstens die kleine Olga anvertrauen. Paffen, dem die plötzliche Wendung dieser Dinge sehr angenehm war, ging auf alles ein und sagte sogar zu, daß man in diesem Sommer schon von der angebotenen Gattfreundschaft Gebrauch machen werde. So würde auch endlich mal sein Wunsch, Eichenest zu sehen, in Erfüllung gehen. Er war neugierig, was für eine Umwandlung im Gemüt seines Schwiegerpatters mit vorgehen werde.

Noch in den letzten Tagen hatte Dulkers sehr wichtige Bestimmungen zu treffen. In dem Testament, das er bereits vor Jahren, ehe Paffen zu ihm in verwandtschaftliche Beziehungen trat, gemacht hatte, war Otti zur Untererbin eingesetzt worden. Nun rückte er dieses Testament um und ließ von seinem Notar ein ganz neues aufsetzen. Zahlreiche Stiftungen wurden mit Legaten bedacht, Otti erhielt die Tiergartenvilla und den Hauptteil des Vermögens mit der Einschränkung, daß, wenn sie und das Kind vor Paffen stirbe, diesem nur eine gewisse Summe zufiele, das ganze übrige Vermögen aber näher bezeichneten Stiftungen. Aus Eichenest sollte ein Heim für arme Kinder geschaffen werden, denn es hätte ihm noch im Grabe keine Ruhe gelassen, wenn seine Tochter dort ahnungslos umhergehandelt wäre, wo ihre Mutter von seiner Hand gefallen war. So wollte er mit Gewalt die Unglückscholle von der Familie losreißen, damit jede Erinnerung daran ausgelöscht werde.

(Fortsetzung folgt.)

